

6./VII. 1917 161 b

Die Notwendigkeit des Baues kleiner Wohnungen.

In der Versammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Hamburg, beschäftigte man sich eingehend mit der Frage: Wie wird sich die Bautätigkeit in Hamburg nach dem Kriege gestalten? Der Verbandsvorsitzende F. Paepelow (M. d. B.) trat als Referent namentlich für den Bau kleiner Wohnungen ein. Die Hauspekulation selbst dürfte zunächst keine große Lust bezeigen zum Bau von Kleinwohnungen, denn das Angebot von kleinen Wohnungen übertrifft noch bei weitem die Nachfrage. Schon vor Beginn des Krieges waren nach der Statistik 5 vom Hundert kleiner Wohnungen unvernietet und diese Zahl hat sich während des Krieges bedeutend gesteigert. Die Beschaffung der notwendigen Baugelder, Hypotheken usw. dürfte auch nach dem Kriege mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein; aber dennoch ist die Notwendigkeit des Baues kleiner Wohnungen nach wie vor vorhanden. Tausende von sogenannten Arbeiterwohnungen genügen den heutigen Anforderungen nicht mehr, ja man könne sie sogar als unbewohnbar bezeichnen und sie müssen deshalb durch Neubauten ersetzt werden. Das Grundeigentum wird sich freilich hiermit wohl nicht einverstanden erklären. In der Bürgerschaft war schon vor einigen Jahren ein Ausschuss eingesetzt worden zur Prüfung der Frage, ob es nicht notwendig sei durch den Staat kleine Wohnungen namentlich für Hafenarbeiter zu bauen. Der Ausschuss hat diese Frage damals verneint mit der Begründung, daß der Ueberschuß von leerstehenden Arbeiterwohnungen mehr als 5 vom Hundert betrage. In der Hafengegend war dieser Ueberschuß allerdings nur 1 von Hundert und in W a r m b e d und W i n t e r h u d e wiederum 7 vom Hundert. Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft hat nun wiederum den Antrag auf Bau kleiner Wohnungen durch den Staat gestellt, denn sowohl für die Tausende von Werftarbeitern als auch für die nicht minder große Zahl von Hafenarbeitern mangelt es an genügenden Wohnungen in der Nähe ihrer Arbeitsstätten. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die als unbewohnbar bezeichneten Wohnungen durch neue ersetzt werden. Das Grundeigentum muß eben dazu gezwungen werden, nur solche Wohnungen zu vermieten, die auch von der staatlichen Wohnungskontrolle als bewohnbar bezeichnet werden.

Der Redner gibt dann einen Ueberblick, wie die Bautätigkeit in Hamburg während des Krieges zurückgegangen ist und jetzt für den Wohnungsbau fast vollständig zum Stillstand gelangt ist. So lange der Krieg währt, wird dieser Zustand wohl auch andauern. Aber nach dem Kriege, wenn die Beschaffung der notwendigen Baumaterialien wieder leichter geworden ist, wird auch in Hamburg eine rege Bautätigkeit wieder einsetzen. Tausende von Familien, die während des Krieges ihren Hausstand begründet haben, werden jetzt nach der Rückkehr des Ernährers aus dem Felde sich eine neue Wohnung mieten und viele der Kriegsschädigten werden in der Nähe der Großstädte sicher angesiedelt werden. Die voraussichtliche Ausschließung neuer Industriegebiete und die damit verbundene Neuanlage großer industrieller Betriebe wird Tausende von Arbeitern nach Hamburg hingleben, für die Wohnungen in der Nähe ihrer Arbeitsstätten geschaffen werden müssen. Die Hamburger Häfen müssen erweitert werden und überall wird sich eine rege Bautätigkeit entfalten. Das Hamburger Baugewerbe, das so besonders schwer durch den Krieg gelitten hat, wird sich dann zu neuer Blüte entfalten. Aufgabe des Staates wird und muß es dann sein, durch die Hergab der nötigen Baugelder für den notwendigen Bau von kleinen Wohnungen zu sorgen. o.